

Die Angst, eine Zukunftsbranche zu verlieren

Wie das rot-rot-grün regierte Lübeck geschlossen gegen das geplante Ende der Medizinerbildung protestiert / Von Frank Pergande

LÜBECK, 17. Juni. Niederegger ist beim Protest auch dabei. Das Plakat „Lübeck kämpft für seine Uni“ haben die Bäcker als Vorlage für eine Marzipantorte genommen. Auf der Torte in Form eines aufgeschlagenen Buches prangt links das nachgemachte Plakat, rechts das Bekenntnis, Lübeck habe ein Herz für seine Universität, und zwar dargestellt als rotes Marzipanherz. So zu sehen im Schaufenster in der Fußgängerzone zwischen all den anderen Köstlichkeiten aus Niederegger-Marzipan. Die Torte ist einmalig, das Plakat hängt beinahe in jedem Geschäft. Die Studenten tragen das Motiv auf T-Shirts durch die Stadt.

In der Petrikerkirche versammelten sich am Dienstag zweitausend Mitarbeiter des Universitätsklinikums für ein Massenprotestfoto. Pastor Bernd Schwarze reimte bei dieser Gelegenheit: „Es ist gut, dass ihr euch zeigt – mit Haut und Haaren, Kitteln und Talaren.“ Am Mittwoch dann waren die Studenten mit einem Sonderzug und mehreren Sonderbussen nach Kiel gefahren, um vor dem Landeshaus gegen die die Universität bedrohenden Sparpläne der schwarz-gelben Koalition zu protestieren. Auch die Flensburger Studenten waren dorthin gekommen, auch sie in Sonderbussen, von denen zwei vom CDU-Kreisverband bezahlt wurden, was die Landespartei als „sehr befremdlich“ registrierte. Die Lübecker CDU hatte eine ähnliche Idee, konnte aber „wegen der sehr großen Nachfrage keine Busse mehr mieten“, wie Andreas Zander berichtet, der Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft.

In Flensburg sollen die Wirtschaftswissenschaften abgewickelt werden. Es bliebe nur noch die Lehrerausbildung, Flensburg hätte damit keine Universität mehr. Auch Lübeck droht seine Universität zu verlieren. Die Medizinerbildung soll vom Wintersemester 2011 an beendet werden. Was das für die Universität Lübeck bedeutete, lässt sich an den Zahlen erkennen: 2600 Studenten gibt es in Lübeck, 1500 studieren Medizin. Die hanseatischen Kaufleute, die Lübeck einst prägten, brauchten keine Studierenden, sondern ehrbare Händler. So kam die Stadt erst in den sechziger Jahren zu ihrer Universität, zunächst als Außenstelle der Kieler Hochschule. Aus dem alten psychiatrischen

Krankenhaus im Süden Lübecks wurde ein modernes Klinikum.

Schon einmal freilich gab es darüber einen Streit, der bis heute nachwirkt. 2003 wurden das Klinikum in Kiel und das in Lübeck zusammengelegt zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH). Die Idee, bei dieser Gelegenheit auch gleich eine Landesuniversität zu gründen, fand dann allerdings keine Mehrheit. Nun soll das Klinikum verkauft werden. Auch das gehört zu den Sparvorschlägen der Kieler Koalition. Dass diese Idee noch nicht solche Wellen schlägt wie die Abschaffung der Medizinerbildung, liegt am Vertrag, den Land und Betriebsrat des UKSH erst kürzlich geschlossen haben. Darin steht: keine Privatisierung vor Ende 2015. Danach freilich ist alles offen.

Lübeck hat bei seinem Protest gegen den geplanten Wegfall der Medizinerbildung sogar eine Verbündete in der Bundesregierung. Am Montag sprach Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) in Berlin mit Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden im Kieler Landtag Wolfgang Kubicki.

Offenbar sucht sie nach Möglichkeiten, Schleswig-Holstein zu helfen – aber nur, wenn die Landesregierung die Medizinerbildung in Lübeck belässt und die Universität nicht gefährdet. Ein Weg wäre vielleicht dieser: Der Bund fördert vom nächsten Jahr an vier Gesundheitsforschungszentren, eines könnte dann in Kiel oder Lübeck entstehen.

Das Land will durch die Schließung des Studiengangs 24 Millionen Euro im Jahr sparen. Carstensen will sich vom Sparen nicht abbringen lassen, solange es keinen Ausgleich gibt: „Ich bin da stur.“ Und Kubicki sagte: „Wer einen Stein aus dem Gefüge herausnimmt, muss auch wieder einen einsetzen.“ Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) sieht das naturgemäß anders: „Die Landesregierung hat noch nicht realisiert, dass es für ihren Vorschlag keine Mehrheit gibt, nicht in der Region, nicht im Land, nicht im Landtag.“ Würde die Universität verlorengehen, würde genau jene Zukunftsbranche kaputtgemacht, „die einer unserer Rettungsanker ist“.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Andreas Zander, meint, durch die dann fehlenden Steuereinnah-

men würde ein weitaus größeres Loch als 25 Millionen Euro in die Landeskasse gerissen. Lübeck ist eine strukturschwache Region mit dramatischer Haushaltssituation und überalterter Einwohnerschaft. „Eine Schließung der Universität würde uns um Jahrzehnte zurückwerfen“, so der Bürgermeister. Die „Lübecker Nachrichten“, die sich dem Protest in Lübeck angeschlossen haben, liefern derzeit jeden Tag Argumente, weshalb die Medizinerbildung nicht verlorengehen dürfe: weil Lübeck mit Universität und Klinikum die Forscher lockt, weil so Einwohner hinzukommen und damit Einnahmen. Weil sonst die Fraunhofer-Gesellschaft kein Institut in Lübeck gründen würde, wie eigentlich geplant. Letzteres ist allerdings ein windiges Argument, denn die Fraunhofer-Gesellschaft bekennt sich nach wie vor zu ihren Plänen. Und dann ist da auch noch Jan Born, Professor für Neuroendokrinologie und Schlafforschung an der Universität, der zu den Leibniz-Preisträgern in diesem Jahr gehört und die Stadt einerseits zugleich von einem Leibniz-Institut träumen lässt, andererseits auch das schon wieder in Gefahr sieht.

Dass der Widerstand gegen die Kieler Koalition in Lübeck so einmütig ist, hat auch damit zu tun, dass die Stadt in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten viel verloren, aber wenig gewonnen hat. 25000 Industriearbeitsplätze verschwanden, als Werften geschlossen wurden, ein Kraftwerk, eine Metallhütte. Bürgermeister Saxe, seit 2000 im Amt, sagt, das sei nur vergleichbar mit dem Strukturwandel im Ruhrgebiet. 80000 Arbeitsplätze gibt es heute noch. Die Arbeitslosigkeit in der Stadt liegt bei 11,2 Prozent. Mit Medizin haben die größten Arbeitgeber zu tun, das Klinikum selbst mit fünftausend Arbeitsplätzen, das Träger-Werk für Medizintechnik, die etwa sechshundert kleinen medizintechnischen Unternehmen, die zumeist für oder von der Universität leben.

Auch die Öffnung der Grenze vor zwanzig Jahren hat Lübeck stark verändert. Einerseits zogen Lübecker Firmen in den Osten und die Lübecker selbst in preiswerten mecklenburgischen Wohnraum. Andererseits gewann Lübeck sein natürliches Hinterland zurück und ist aus einer Randlage wieder ins Zentrum gerückt. Einen wirkli-

chen wirtschaftlichen Schub hat das allerdings nicht gebracht.

Derzeit beschäftigt die Stadt auch, was aus dem Flughafen in Lübeck-Blankensee wird. Der Hauptinvestor, ein neuseeländisches Unternehmen, verabschiedete sich, von der Wirtschaftskrise getroffen. Die seit der jüngsten Kommunalwahl bestehende rot-rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft beschloss deshalb, den Flughafen aufzugeben. Ein von der Opposition angeregter Bürgerentscheid – bindend für die Kommunalpolitik – hat sich hingegen für den Erhalt ausgesprochen. Durch die Lübecker Kommunalpolitik geht ein tiefer Riss, seit die SPD die Zusammenarbeit mit der CDU aufgab und sich den Grünen und der Linkspartei zuwendete. Die Lübecker Grünen gelten als die letzten Fundamentalisten in ihrer Partei, und die Lübecker Linkspartei wurde bundesweit bekannt, weil einer der Genossen einmal Stalins Geburtstag mit einer Party feierte.

Die Samstagsreportage

Wo blieb Wilhelm Pieck im Speiseaufzug stecken? Was hat es mit der Vase aus Moskau auf sich? **Morgen auf Seite 3**



Fast wie in Griechenland: 14 000 Studenten und Landesbedienstete demonstrierten am Mittwoch in Kiel gegen das geplante Ende des Medizinstudiengangs in Lübeck. Foto dpa

Die rot-rot-grün regierte Stadt hat bei ihrer Kritik am Sparpaket der Landesregierung gegenwärtig schlechte Karten. Hinzu kommt, dass sie selbst nicht zu sparen versteht. Gerade hat der Kieler Innenminister den Lübecker Haushalt nicht genehmigt. Die Schulden Lübecks betragen 1,3 Milliarden Euro. Das aktuelle Defizit im Haushalt lag schon in der Verwaltungsvorlage bei 100 Millionen Euro. Darauf hatte die Mehrheit in der Bürgerschaft noch einmal 1,4 Millionen Euro für Soziales draufgelegt, so etwa 60000 Euro, um unentgeltlich Verhütungsmittel an Hartz-IV-Empfänger zu verteilen. 2011 will Saxe wieder einen Sparhaushalt vorlegen. „Wir haben das seit 2004 so gemacht und, im Verhältnis gesehen, viel mehr Personal eingespart, als das Land es jetzt in seinem Sparpaket vorsieht.“ Saxe wird sich dann wieder gegen seine linken Bündnispartner durchsetzen müssen.